



Dienststelle Immobilien  
Stadthofstrasse 4  
Postfach 3768  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 51 00  
Telefax 041 228 51 51  
www.immobilien.lu.ch

## Selbstdeklaration

Verfahrensgrundsätze gemäss dem Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen (öBG; SRL 733) und der Verordnung zum Gesetz über die öffentlichen Beschaffungen (öBV; SLR 734).

- Der Anbieter verpflichtet sich für Leistungen in der Schweiz, die am **Ort der Leistung geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen** für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzuhalten.
- Des Weiteren verpflichtet sich der Anbieter für Leistungen in der Schweiz, die **Gleichbehandlung von Frau und Mann**, namentlich das Prinzip der Lohngleichheit, einzuhalten.
- Bei Missachtung vorstehender Verpflichtungen schuldet der Anbieter der Auftraggeberin eine Konventionalstrafe gemäss Ziff. 9 der vorgesehenen Vertragsurkunde „Planervertrag“.
- Der Anbieter erklärt, dass keine berechtigten Betreibungen vorliegen und kein Konkursverfahren gegen ihn hängig ist.
- Der Anbieter, welcher ihm erteilte Aufträge oder Teile davon an Dritte weitergibt, ist verpflichtet, mit diesen Dritten die Einhaltung der obenstehend aufgeführten **Grundsätze ebenfalls schriftlich zu vereinbaren**.
- Der Auftraggeberin steht das Recht zu, die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen, der Arbeitsbedingungen und der Gleichbehandlung von Mann und Frau zu kontrollieren oder kontrollieren zu lassen. Auf Verlangen hat der Anbieter deren Einhaltung nachzuweisen.
- Werden die erwähnten Verfahrensgrundsätze nicht eingehalten, kann die Auftraggeberin den Anbieter vom Verfahren ausschliessen, den Zuschlag widerrufen oder nach Vertragsabschluss die Konventionalstrafe geltend machen.
- Im Weiteren erklärt die Anbieterin, die Steuern und Sozialabgaben bezahlt zu haben (Steuern, MWST, AHV-, IV-, EO, ALV-, BVG- und UVG-Beiträge).

Mit der Unterschrift bestätigt der Anbieter die Richtigkeit der gemachten Angaben und erklärt sich bereit, sie auf Verlangen hin zu belegen.

Der Anbieter ermächtigt die Steuerorgane, die Einrichtungen der Sozialversicherungen, die paritätischen Berufskommissionen und andere öffentliche Organe ausdrücklich, der Beschaffungsstelle – auch entgegen anders lautenden Gesetzesbestimmungen – Auskünfte im Zusammenhang mit obigen Fragen zu erteilen.

.....  
Ort, Datum

.....  
Stempel, Unterschrift(en)